

**Antrag**

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 30.03.2011

**Niedersachsens Beitrag zum Schutz von Flüchtlingen aus Nordafrika und dem Nahen Osten**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

1. Aufgrund der militärischen Eskalation des Aufstands in Libyen und der Luftangriffe der sogenannten Koalition der Willigen herrscht in den Grenzregionen zwischen Libyen und Tunesien und Ägypten eine humanitäre Notlage, auf die schnell reagiert werden muss. Mit einer Zunahme von weiteren Bürgerkriegsflüchtlingen ist so lange zu rechnen wie die Gefechte und Luftangriffe in Libyen anhalten. Der ganz überwiegende Teil der Flüchtlinge hofft nicht auf eine Weiterreise nach Europa, sondern auf den Transit in ihre Herkunftsländer oder vorübergehenden Schutz bis zu einer Rückkehr nach Libyen. Das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hat an die Weltgemeinschaft appelliert, Hunderte von Flugzeugen zur Verfügung zu stellen, um die Flüchtlinge in ihre Heimatländer zu evakuieren, zahlreiche Staaten sind dem bereits nachgekommen. In den Flüchtlingslagern an den libyschen Grenzen besteht dringender Bedarf an humanitärer Soforthilfe, insbesondere an sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung. Großer Gefahr sind weiterhin Flüchtlinge u. a. aus Somalia, Eritrea, aber auch aus dem Irak und weiteren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ausgesetzt, welche auf ihrer Flucht nach Europa Libyen passierten und dort durch die libyschen Repressionsorgane in Aufnahmezentren und Abschiebehaftanstalten festgesetzt wurden. Insbesondere den Somalis und Eritreern droht im Zuge des Bürgerkriegs weitere Gewalt, da sie mit Söldnern verwechselt werden und rassistische Vorurteile bereits in der Vergangenheit zu pogromartigen Übergriffen geführt haben. Deutschland und die EU müssen ihre Verantwortung für das Schicksal dieser Menschen anerkennen und gegenüber allen Beteiligten den Schutz dieser Personen sowie deren sicheren Transit in einen der Nachbarstaaten oder die EU einfordern.
2. Das Land Niedersachsen verfügt mit dem Grenzdurchgangslager Friedland über ausreichende Kapazitäten, um Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- ihre Bereitschaft zu erklären, sich in Abstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Union an der Aufnahme der vom UNHCR in Libyen registrierten Flüchtlinge in Deutschland zu beteiligen,
- im Falle der Flucht einer hohen Zahl von libyschen Staatsangehörigen, die die afrikanischen Nachbarstaaten überfordert, zudem selbst Kapazitäten für die Aufnahme dieser Flüchtlinge in Abstimmung mit der Bundesregierung und der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen und
- dafür im Grenzdurchgangslager Friedland die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen.

Begründung

Angesichts der humanitären Notlage in den Grenzregionen zwischen Libyen und Tunesien und Ägypten ist es ein Gebot der Stunde, dass sich Deutschland an einer umfangreichen Hilfsaktion für die betroffenen Flüchtlinge aus Nordafrika beteiligt. Dazu zählt u. a. die Aufnahme von Flüchtlingen aus dieser Region. Niedersachsen verfügt dafür im Grenzdurchgangslager Friedland über die entsprechenden Kapazitäten. Die Landesregierung ist aufgefordert, unverzüglich die Vorbereitungen für die Aufnahme von Flüchtlingen zu treffen.

Ursula Weisser-Roelle  
Parlamentarische Geschäftsführerin